



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Codex- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Ein Mittel zur Vermeidung heftiger wirtschaftlicher Kämpfe. — Zum Verbandstag. — Die erste Lesung. — Feuilleton: Brüssel und seine Weltausstellung (V.). — Aus Nürnberg-Fürth. — Korrespondenzen (Silbesheim, Karlsruhe, Straßburg i. E., Zwidau). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Abrechnungen. **Beilage:** Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909. — Aus Würzburg. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Rundschau.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Das in voriger Nummer der „Solidarität“ veröffentlichte Resultat der Delegierten-Wahlen zum fünften Verbandstag ist in einem Teil der Auflage unvollständig wiedergegeben. Der vierzehnte Wahlkreis (Kiel, Lübeck, Schwerin, Danzig, Posen, Cottbus, Kirchhain) hat 1 Delegierten. Gewählt ist Hermann Eilken, Kiel.

Von Hamburg ist das Wahlergebnis noch nicht bekannt gegeben. — In Halle a. S. ist nicht Paul Scheide, sondern Max Stolle gewählt.

Der Verbands-Vorstand.

Ein Mittel zur Vermeidung heftiger wirtschaftlicher Kämpfe.

Die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen geborene Arbeiterbewegung mußte den schärfsten Widerstand in der bürgerlichen Gesellschaft finden, denn zunächst lief sie darauf hinaus, die vitalsten Lebensinteressen und -Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu heben. Es waren die kapitalistischen Interessengruppen, die als die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung jede freie Bewegung der Arbeiter brutal bekämpften. Die brutale Bekämpfung der Arbeiterbewegung vermehrte und stärkte nur die Scharen der proletarischen Klassenkämpfer. Allmählich kommt man in bürgerlichen Kreisen zu der Erkenntnis, daß mit gewaltsamen Mitteln nichts gegen die Arbeiterbewegung ausgerichtet werden kann. Weite Kreise der bürgerlichen Gesellschaft glauben nun in der sozialen Gesetzgebung ein Mittel zur Vermeidung der Interessentkämpfe gefunden zu haben.

Nicht hohe soziale Einsicht ist es, was die Gegner der Arbeiter zum Entgegenkommen den Bedürfnissen der unteren Volksschichten gegenüber veranlaßt, sondern die Ueberzeugung von der Untauglichkeit der bisher angewendeten Mittel. Wieder andere Kreise der bürgerlichen Gesellschaft erblicken in der sozialen Gesetzgebung ein Mittel zur Vermeidung der zunehmenden Beunruhigung des Erwerbslebens. Sie erkennen die großen Verluste, die der Industrie d. h. der Anhäufung des Kapitals durch den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zugefügt werden. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß infolge der brutalen Verweigerung geringfügiger Verbesserungen der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes schließlich auch der deknungsfähigste Arbeiter seine Arbeitskraft verweigert.

In neuerer Zeit sind wieder interessante Stimmen aus dem bürgerlichen Lager laut geworden, die deutlich genug die bürgerlichen Reformbestrebungen hervorheben. Unläßlich einer gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband gerichteten Zentrumsresolution kam es in der bayerischen Kammer zu einer Auseinandersetzung mit dem Verkehrsminister v. Frauendorfer, der den brutalen Unterdrückungsversuchen entgegentrat. Der Minister führte unter anderem aus: „Wenn aber mit einem derartigen Vorgehen die Sozialdemokratie getroffen werden soll, die in dem genannten Verbands zweifellos viele Anhänger zählt, so würde die gewollte Wirkung sicherlich nicht erreicht werden. Der Erfolg wäre wohl nur, daß die Bewegung, die sich heute in der Öffentlichkeit abspielt und kontrolliert werden kann, in geheime Zirkel gedrängt würde, wobei dann die radikalsten Elemente die Oberhand gewinnen dürften. Wie wenig man mit einer Unterdrückungspolitik großen geistigen Bewegungen gegenüber, — mögen diese nun religiöser oder sozialer Art sein — entgegenzuwirken vermöge, lehrt die Geschichte aller Zeiten und Völker bis zurück zur Entstehung des Christentums, in neuester Zeit die Geschichte des deutschen Sozialistengesetzes. Der Kampf, um den es sich hier handelt, muß mit anderen Mitteln geführt werden... nach dem Wort der „Sozialen Praxis“ vom Jahre 1902: Es gibt kein anderes Mittel, die Millionen, die heute der Fahne der Sozialdemokratie folgen, wieder auf den Boden von Reich und Staat zu stellen, als die Durchführung der sozialen Reformen nach den kaiserlichen Botschaften von 1881 und 1890.“

Zu dieser Rundgebung für die soziale Gesetzgebung kommt eine nicht minder bemerkenswerte des Professors Dr. Karl Ballod in Schmollers Jahrbuch für Volkswirtschaft, die auch die Steigerung der Produktivität der Arbeiter trefflich beleuchtet. Professor Ballod fordert angesichts der ungeheuren Steigerung der Produktivität eine vermehrte Sozialpolitik, die als „das Mittel zur friedlichen Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten“ anzusehen wäre. Würde dieses Mittel nicht zur Anwendung gelangen, so muß es nach seiner Meinung zu heftigen wirtschaftlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen kommen, weil ja schließlich die Produktivität der menschlichen Arbeit eine endliche Größe vorstelle, die Tendenz zur Vermehrung des Kapitals aber ins Unendliche gehe.

Die weiteren Ausführungen Prof. Ballods über die Steigerung der Produktivität der Arbeit tragen dazu bei, das von der bürgerlichen Gesellschaft so geflüchtete verbreitete Märchen einer Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit gründlich zu zerstören. Er berechnet auf Grund der Veruzählung vom Jahre 1895 nach den für die Industrie angegebenen 34 Millionen Pferdekräfte eine Maschinenkraftbeihilfe, die der Muskelkraft von 81,1 Millionen Menschen gleichkäme, da die unermüdbare mechanische Pferde-

stärke drei lebendigen Pferdekräften und eine lebendige Pferdekräfte der Arbeitsleistung von 7 bis 8 Arbeitskräften gleichkommt. Diese Schätzung kommt allerdings nur der Leistungsfähigkeit nahe; es sind Abzüge zu machen, da die Maschinen ja nicht ununterbrochen laufen usw. Doch bleibt die gesteigerte Produktivität eine sehr hohe. Nach den Berechnungen Professor Ballods dürften für den heutigen Stand der deutschen Industrie zirka 10 Millionen Pferdekräften als Maschinenkraftbeihilfe anzusehen sein, von denen nach Abzug des Nutzeffektes mindestens 3,5 Millionen Pferdekräfte verbleiben. Dazu kommen die nutzbar gemachten Naturkräfte, sodaß die Steigerung der Produktivität der Arbeit ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat. Trotzdem liegen die größten Fortschritte der industriellen Entwicklung noch vor uns. Wenn man weiter in Rücksicht zieht, daß gegenüber der Produktivitätssteigerung die Zunahme des Massenkonsums nicht in gleicher Weise vor sich ging, so ergibt sich der kassende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Professor Ballod kommt also zu denselben Ergebnissen wie das Proletariat. Er weist aus den ökonomischen Verhältnissen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nach, gelangt aber zu ganz anderen Schlüssen. Er fordert mehr Sozialpolitik — höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit — durch die Gesetzgebung. Dazu führt er noch aus: „Vom ethischen sowohl als vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die durch bessere Lebenshaltung ermöglichte höhere Produktivität und Intensität der Arbeit etwas Wünschenswertes, sie ist die wesentliche Bedingung für die Steigerung der menschlichen Kultur und Zivilisation.“

Dem Proletariat ist es klar, daß die Steigerung der Produktivität der Arbeit gleichbedeutend ist mit vermehrter Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen, sobald das kapitalistische Wirtschaftssystem unberührt bleiben soll. Ihm ist weiter klar, daß die durch die Steigerung der Produktivität frei werdenden Arbeitskräfte in ihrer überwiegenden Mehrzahl die industrielle Reservearmee verfallen und daß die bessere Lebenshaltung gegenüber der Konzentration des Kapitals an der Klassengesellschaft nichts ändert. Das Proletariat will keine Beschönigung des Ausbeutungssystems, es fordert die Beseitigung des unhaltbaren Zustandes. An die Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung soll die sozialistische treten, die auf dem Allgemeinbesitz an den Produktionsmitteln beruht sp.

Zum Verbandstag.

In Anbetracht der von allen Seiten gepflogenen ausgiebigen Diskussion, der sich besonders die Anträge des Haupt-Vorstandes mündlich und schriftlich zu erfassen hatten, kann man wohl mit Recht sein Erstaunen ausdrücken, wie plötzlich, schon seit den letzten zwei Nummern

unserer „Solidarität“, die Quellen der Verdammtheit verfließt sind.

Schon jetzt ist es ersichtlich, daß der Bremer Verbandstag an Bedeutung keinesfalls seinen Vorgängern nachstehen wird, sind doch die Anträge betreffs der Beitragsleistung und den dazu gehörigen Unterstützungsfragen ganz besonders dazu angetan, eine besonders reichhaltige Diskussion hervorzurufen. Die früheren Jahrgänge unserer Zeitung geben doch manchmal ein erfreuliches Bild der Mitarbeit, und man begegnet darin so manche Namen, die, trotzdem sie noch in unseren Reihen sind, man jetzt vergeblich sucht. Man ist wirklich enttäuscht, wenn man die letzten Zeitungen in die Hand nimmt, und man weiß doch, daß es befähigte Kollegen genug gibt, die sehr rege auf verschiedenen Gebieten die Feder zu führen wissen. Oder sollte etwa der pekuniäre Erfolg die Veranlassung hierzu mitgewesen sein? Es ist also wirklich wünschenswert, wenn in der kurzen Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, eine Besserung eintreten möge.

Der Kollege Schmid-München geht im besonderen in Nr. 31 auf meine Ausführungen und Wünsche ein, und ich bin erfreut, bei dem größten Teil auch seine Zustimmung gefunden zu haben. Nur über die Frage, ist es gestattet, bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit Beitragsmarken zu kleben, ist er erstant. Doch behaupte ich, daß es notwendig ist, auch hierüber zu reden. Kollege Schmid sagt, das Mitglied ist nicht berechtigt, in diesen Fällen Marken zu kleben, ja, aber wo ist denn dieses im Statut enthalten? Der § 13 spricht nur davon, daß hierbei die Mitglieder von der Beitragsleistung befreit sind. Entweder das Mitglied ist verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, oder es wird hierfür eine sogenannte tote Marke geklebt, nur auf diese Weise kann diese Frage gelöst werden. Ich werde jedenfalls nicht allein derjenige sein, dem von Mitgliedern Anträge gestellt werden, bei denen die Differenz, bei Finanzspruchnahme von Unterstützung, nur 1 bis 2 Wochen beträgt, und diese Mitglieder sind manchmal sehr schwer davon zu überzeugen, daß sie nicht unterstützungsberechtigt sind. Also muß auch hierüber eine Klarheit geschaffen werden.

Mein Wunsch, dem Rechtsschutz eine einheitliche Fassung zu geben, halte ich für nicht so schwierig. Wenn auch der § 1 unter Absatz d sagt: „Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in allen gewerblichen und den aus Arbeiterschutz-Gesetzen hervorgehenden Streitfällen“, so muß doch noch präziser ausgedrückt werden, wer auf diesen Schutz Anspruch haben kann. Man läme diesem vielleicht durch folgende Fassung nahe: „Mitglieder, welche mindestens 26 Wochenbeiträge geleistet haben, kann Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten gewährt werden, bei anderen Anlagen, in welche die Mitglieder infolge agitatorischer oder organisa-

torischer Tätigkeit kommen, sowie Klagen aus den § 153 der Gewerbeordnung kann von einer Karenzzeit abgesehen werden.“ Ueber die Zulässigkeit und den Umfang der Kosten usw. hat dann der Haupt-Vorstand die Entscheidung zu treffen.

Kollege Baumgarten weist ebenfalls auf den § 14 hin, der die vorläufige Anmeldung bei Erhaltung der Beiträge unserer Mitglieder behandelt. Es muß zugegeben werden, daß mit diesem Paragraphen von verschiedenen Seiten gewissermaßen Unfug getrieben wird. Kommt es doch sogar vor, daß männliche Mitglieder hierauf Anspruch erheben wollen, wenn sie in die Lage kommen, auf Grund eines besseren Einkommens sich event. selbständig machen, um, falls der neue Beruf nicht den Erwartungen entspricht, wieder in unsere Reihen einzutreten. Daher muß der § 14 unbedingt zu Anfang die Fassung erhalten: „Weibliche Mitglieder, welche wegen Berufsveränderung...“ Wenn der Schluß dieses Paragraphen von den zu uns überzutretenden Mitgliedern spricht, so ist es auch ebenfalls angebracht, festzulegen, daß Mitglieder, welche mindestens ¼ Jahr in einem anderen Berufe tätig sind, auch zu diesem übertreten müssen. Größere Ausperrungen und Lohnbewegungen sind zwingende Gründe, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, vielleicht kann uns schon hierbei die letzte Bauarbeiter-Ausperrung Fingerzeige geben, in welcher Höhe wir daran beteiligt waren. Der § 14 müßte also eine vollständige Änderung erfahren, was durch den Berliner Antrag wohl getroffen sein dürfte.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages ist wiederum die Statuten-Beratung als dritter Punkt gesetzt worden. Die Erfahrungen der letzten beiden Verbandstage haben gezeigt, daß es hierbei stets an der notwendigen Zeit gefehlt hat. Hat doch z. B. in München die Statuten-Beratungs-Kommission 2½ Tag getagt, und blieb dann für die Beratungen im Plenum nur 1½ Tag übrig. Damit wurde diese äußerst wichtige Sache auf den Schluß der ganzen Verhandlungen gedrängt, was eine gewisse Silberhandlung notwendig machte. Wünschenswert und angängig wäre es, wenn vielleicht aus den Reihen der Delegierten eine Kommission von Seiten des Haupt-Vorstandes vorgeschlagen würde, die schon vor dem Verbandstage 1 bis 2 Tage ihre Sitzungen abhalten würde, um die Anträge einer Besprechung zu unterziehen. Hierdurch würde bei der General-Diskussion entsprechende Hinweise gegeben werden können und damit längere Ausführungen einzelner Redner eine Einschränkung erfahren. Notwendig wäre allerdings, daß der Haupt-Vorstand die Namen der Kommission bekannt gibt, damit die gewählten Delegierten ihr Einverständnis dazu geben können. In Anbetracht dieser wichtigen Angelegenheit nimmt vielleicht der Haupt-Vorstand dazu Stellung, da auch

in anderen größeren Organisationen teilweise so gehandelt wird. Leipzig. Wollen.

Die erste Lesung.

Wenn man die seit dem 16. Juli veröffentlichten Anträge der Gesamtkollegenchaft einer Durchsicht unterzieht, treten zunächst zwei Erklärungen ins Auge. Erstens: Daß zur Abänderung des gegenwärtigen Fünf-Klassen-Systems so gut als kein Bedürfnis vorliegt; zweitens: Die vom Verbandsvorstand beantragte Beitragserhöhung wird im Prinzip anerkannt. Diese zweifellosen Grundlagen gestatten sonach auch schon einen Ueberblick über den Gang der Statutenberatung, wozu ich mir einige kritische Bemerkungen erlaube. Ich übergehe dabei formelle Änderungen und Ergänzungen und will nur wesentliche Neuerungen herausgreifen.

Zu § 5, Absatz c, beantragt Kaufbeuren und München: Der Ausschluß von Mitgliedern kann erfolgen, wenn dieselben länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. (Bisher nach 4 Wochen.) Dieser Erweiterung kann man ohne Bedenken für den Verband im allgemeinen wie auch für die Mitglieder zustimmen. Das Statut soll so gefaßt werden, wie es in jedem Fall zu handhaben ist und da nur ganz selten jemand nach vier Beitragsresten aus diesem Ausschluß allein zum Ausschluß gelangte, ist diese Bestimmung so zu fassen, daß sie auch im allgemeinen angewendet wird.

Dagegen bin ich mir im Zweifel, ob eine Notwendigkeit vorliegt, wie München beantragt: „Nach 13 Wochen Rest muß der Ausschluß erfolgen.“

Ebenso der Antrag München zu § 6: „Ausgeschlossene Mitglieder haben bei ihrem Wiedereintritt die Reste bis zum Tage des Ausschlusses nachzuzahlen.“ Damit wäre ja denn bei einem wegen Resten ausgeschlossenen Mitglied jeder Ausschlussgrund beseitigt. Wenn andere Gründe zum Ausschluß nicht vorliegen, wäre der Verlust erworbener Rechte wohl ein nicht zu unterschätzender Denkfaktor.

In der Beitragserhöhung ist der Verbandsvorstand von mehreren Zahlstellen sogar übertroffen, die Mehrheit der Anträge bewegt sich auf der mittleren Linie. Als sicher ist anzunehmen, daß der niedrigste Beitrag auf 25 Pf. festgesetzt wird, was der Verbandsvorstand den Mitgliedern nicht zumute, hoffentlich aber auch nicht übel nimmt. Die in der ersten Klasse bewilligten 5 Pf. mehr werden dann zum Teil in der dritten, teils auch in der vierten Klasse abgestrichen. Ich würde mich nach unserer Stimmung wie auch nach den vorliegenden Anträgen für: 25, 30, 35, 50 und 60 Pf. Beitrag entscheiden, am

Brüssel und seine Weltausstellung.

Flaubereien von Ad. Th.

V.

Bei den Dampfmaschinen, Turbinen usw.

Die Maschine ist die Grundlage des modernen Kapitalismus. Es ist darum nicht auffällig, daß die Dampfmaschine mit allem, was drum und dran hängt, auf den Weltausstellungen einen besonders breiten Raum beansprucht. Auch in Brüssel. Es ist eine gewaltige Summe von Intelligenz, Schaffenskraft, Fleiß und Gewicht, die in den Maschinenhallen angehäuft ist. Für den Bau von Dampfmaschinen kommen in erster Linie England, Deutschland, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betracht. Speziell in Deutschland waren nach der Berufszählung von 1907 fast 4,3 Proz. (gegen 2,3 Proz. 1895) aller Erwerbstätigen im Maschinenbau beschäftigt. Das bedeutet unter Berücksichtigung des Umstandes, daß von 1895 bis 1907 die Zahl der Erwerbstätigen um 20 Proz. gestiegen ist, eine reichliche Verdoppelung der Arbeiterzahl in der Maschinenindustrie in zwölf Jahren. 1909 hat Deutschland 331 000 Tonnen (à 20 Zentner) Maschinen ausgeführt, aber nur 68 500 Tonnen eingeführt. Die nach

dem Auslande verkauften Maschinen hatten einen Wert von 393 600 000 Mk., die eingeführten kosteten 65 700 000 Mk. England ist zwar mit 633 700 000 Mk. ausgeführt und 93 300 000 Mk. eingeführten Maschinen uns noch voraus, ebenso führten die Vereinigten Staaten von Nordamerika 1908 für 415 250 000 Mk. Maschinen aus und für 13 600 000 Mk. ein; aber die Zunahme der Maschinenausfuhr in andere Länder ist in Deutschland am festigsten und stärksten.

Einen hartnäckigen Wettstreit führen die Ingenieure aller Länder, um eine möglichst gute Ausnutzung der verfeinerten Heizstoffe zu erzielen und um den Rauch zu verbrennen. In beiden Richtungen wird den deutschen Ingenieuren nachgerühmt, daß sie wesentliche Fortschritte erdosen haben. Es ist ihnen gelungen, die Betriebsspannung des Kesselampfes beträchtlich zu erhöhen, die Dampfübertragung zu vervollkommen und nicht nur die größten, sondern auch die leistungsfähigsten Betriebsmaschinen herzustellen. So hat die Firma H. Lanz-Mannheim „die größte Lokomotive der Welt“ aufgestellt mit direkt gekuppelter Dynamo von 1000 PS., sowie eine Turbinenmaschine von 6000 PS.

Nachdem die frühere Alleinherrschaft der Dampfmaschine durch Konstruktion von Dampfturbinen und Wärmemotoren eingeschränkt worden ist, hat zwar der einstige heiße Streit

ventil- und Schiebersteuerung der Maschinen nachgelassen; aber auf beiden Gebieten werden fortgesetzt Verbesserungen ausgeführt, um bei möglichst niedrigen Kosten die denkbar höchste Arbeitsleistung der Maschine zu erzielen. Die Dampfturbine hat der Kolbenmaschine erfolgreich Konkurrenz gemacht. Ihre einfache Bauart, die geringere Grundfläche, die ihr Bau beansprucht, namentlich aber die direkte Verwendbarkeit der rotierenden Bewegung für den Antrieb von großen Stromerzeugern und von rotierenden Pumpen und Gebläsen machen ihre rasch sich verstärkende Anwendung erklärlich. — Lokomobilen, also feststehende Kräftezeuger, wurden früher nur in England gebaut. Der deutsche Maschinenbau hat sie stetig entwickelt und sie zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel im agrarischen Großbetrieb gemacht.

Die Führerrolle übernommen hat Deutschland in der Konstruktion von Verbrennungsmotoren, welche gasförmiges Brennmaterial von geringem Heizwert noch ergäbig ausnutzen. Die Abgase von Hoch- oder Koksöfen werden in Großgasmaschinen verbrannt und dabei ein fast dreifach so hoher Nutzeffekt erzielt als bei der Verwendung im Dampfbetrieb.

Eine neue Art der Kräftezeugung ist in den Wasserturbinen zu erkennen. Die Anlegung großer Stauwerke zur Verhütung der Ver-

liebsten jedoch versuchen, hiervon für die Lokalfasse etwas abzubehalten, wenn einer großen Zahlstelle halber 59 Zahlstellen die Verwaltungskosten noch mehr geschnitten werden.

Wenn der Verbandstag aber die Beitrags-erhöhung beschlossen hat, ist wohl kaum darauf zu rechnen, in diesem Jahr eine Mehrheit für die Beitragsleistung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wenn diese jedoch einmal beschlossen wird, kann man wohl auch fragen, warum denn Gemäßigtere und Streikende hiervon übergangen werden sollen. Etwas heftiger werden die Meinungen auseinander plätzen, wenn die Delegierten neue Mittel bewilligt haben und nun als Gegenleistung mehr Rechte fordern resp. sich bemühen, bestehende zu erhalten.

Wir stoßen hier auf drei Hauptpunkte, welche vom Zentralvorstand zum Antrag erhoben sind und laut dessen Beschluß schon angewendet wurden. Diese Punkte beziehen sich auf die Begrenzung der Streikunterstützung auf 10 Wochen Höchstbauer, die Maßregelungsunterstützung auf 13 Wochen und die Unterstüpfungsätze für aus-gesteuerte Mitglieder nach Antrag zu § 9.

Zu § 8 beantragt Frankfurt: Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erst vom siebenten Ver- tag an zu zahlen, wofür am Ende nur der Frank- furter Delegierte allein eintritt. Oder nicht mal?

Karlstraße verlangt: „Bei selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit nur die halbe Unterstützung zu zahlen“. Auch dieser Antrag wird an berechtigtem Widerstand scheitern. Ebenso ungerechtfertigt ist der Antrag Kaufbeuren: „Die Arbeitslosenunter- stützung wird nur gezahlt, wenn die Meldung sofort nach der Arbeitslosenstellung erfolgt.“

Ein Erholungsurlaub auf eigene Kosten würde dann doppelt gestraft. Eine gründliche Kur des abgerackerten Körpers durch Krankmeldung und alles ähnliche führte danach zum Verlust der Arbeitslosenunterstützung, ist daher für die Mehr- heit nicht zu empfehlen.

Halle, Magdeburg und Leipzig möchten den auf der Reise befindlichen Mitgliedern die Unter- stützung sichern, wenn diese sich über ihren Auf- enthalt ausweisen können. Eine Reiseunter- stützung nach Kilometern usw. wie gelernte Be- zugs ist nicht beabsichtigt. Die Zahlstellenverwalter empfinden nur die große Härte, einen mehrjährigen Kollegen abweisen zu müssen, der seine Beiträge auch pünktlich gezahlt, Unterstützung zu fordern hat, sein Aufenthalt am Ort von vier Tagen aber widersinnig ist, in meist sehr bitterer Not ohne jede Mittel „abzuschieben“. Es wäre in der Tat kein Schaden, wenn mancher Arbeitssuchende in den größeren Zahlstellen durch Sicherstellung der Arbeitslosenunterstützung auf der Reise entlastet würde. Nur zu häufig kranken ganze Mitglied- schaften daran, daß sie sich beim besten Willen in die Verhältnisse an anderen Orten nicht annähernd

Heerungen durch Hochwasser und zugleich zur rationellen Bewässerung weiter Länderstriche macht in Deutschland schnelle Fortschritte. Die Waldecker Talperre bei Kassel fast 210 Millionen Kubimeter Wasser; die ungeberdigen Söhne des Riesengebirges: Biber, Queis, Rabach u. a. werden gleichfalls durch große Talperren ge- bändigt. Hier findet die Wasserturbine ein noch fleißig auszubauendes Feld ihrer Anwend- barkeit.

Servorragend ist auch der deutsche Loko- motivbau. Das Eisenbahnwesen Deutschlands hat sich ganz kolossal entwickelt. 1871 betrug die Gesamtlänge der deutschen Eisenbahnen erst 21 293 Kilometer; jetzt sind es 72 204 Kilometer. Es wird darin von keinem europäischen Lande übertroffen; denn das zehnmal größere Rußland hat nur 58 500 Kilometer, Frankreich 47 800, Oesterreich-Ungarn 41 600, England und Irland 37 200, Italien 16 600, Belgien 7900, die Schweiz 4500 und Holland mit Luxemburg 3600 Kilometer Bahnlängen. Auch wenn man die Länge der Bahnlängen auf durchschnittlich je 100 Quadrat- kilometer Bodensfläche des Landes berechnet, wird Deutschland in der Dichtigkeit seines Eisenbahn- netzes nur von Belgien übertroffen, nicht aber von England. In den deutschen Eisenbahnen fließen rund 18 000 Millionen Mark (18 Milli- arden) Kapital. Die führende Stellung Deutsch-

versetzen können, die aber doch da sind und ihre Rechte auch fordern. Da schafft die Wanderschaft Aufklärung und ruft mancherlei Erinnerungen wach.

Ob die zeitliche Begrenzung der Streikunter- stützung nach § 8 auf 10 Wochen Höchstbauer eine notwendige Hilfe für die Verbandskasse bedeutet, muß die Begründung der Antragsteller erst er- geben.

Laktisch kann ich hierin keinen Vorteil er- sehen, denn wenn in vorkommenden Fällen seitens der Streikleitung in der siebenten oder achten Woche beantragt wird, den Streik aufzuheben, werden die Streikenden in der Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks stimmen und auf die Unterstüpfungsauer nach dem Statut verweisen. Der Unternehmer wird durch diese Bestimmung auch nicht verschönder gestimmt, wenn er in der sechsten oder siebenten Woche seine Aufmerksamkeit auf unser Statut lenkt und daraus erseht, daß nach der zehnten Woche der Streik durch das Organisationsstatut abgewürgt wird.

Im übrigen fehlt mir als langjähriger Be- obachter jeder Beweis dafür, ob denn überhaupt ein Streik von längerer Dauer als vier Wochen für die Beteiligten größere Vorteile als in der ersten und zweiten Woche gebracht hat.

Die nicht mehr neue Kampfesstatistik der Unter- nehmerverbände ist nun aber umgekehrt als früher, und wenn diese wieder einmal eine Aus- sperrung zur allgemeinen „Ernüchterung“ für notwendig halten, dann nützt uns unsere statuten- gemäße Begrenzung gar nichts, denn nach zehn Wochen kann man bei einer Aussperrung die Mitglieder auch nicht zu Raaren treiben, wenn in der 12. Woche eine annehmbare Einigung bevor- steht. Der Verbandsleitung müssen die statuten- gemäßen Vollmachten erteilt werden, welche bei Ausständen erforderlich sind und da sollte der Antrag Leipzig zu § 13 des Streitreglements doch ausreichend sein. (Schluß folgt.)

Aus Nürnberg-Fürth.

Was wir in der vorletzten Nummer der „Solidarität“ bereits andeuteten, ist nun zur Tat- sache geworden. Am 2. August ist der größte Teil des Hilfspersonals bei Huber, Jordan u. Körner in den Streik getreten, dem sich in den nächsten Tagen noch die in den einzelnen Ab- teilungen Beschäftigten angeschlossen. Noch in letzter Stunde wurden Versuche gemacht, die Lohnfrage friedlich zu regeln, wobei der Betriebsleiter er- klärte, daß in der Goldstube, im Maschinenaal usw. noch Zulagen von 50 Pf. erfolgen würden; das Groß der Kolleginnen sollte leer ausgehen. Da der Firmeninhaber verweist war, so war der Betriebsleiter nicht ermächtigt, weitergehende Zu- geständnisse zu machen und das Hilfspersonal

lands im Eisenbahnwesen ist dem Umstande zu verdanken, daß bei uns zuerst die Verstaatlichung der Bahnen durchgeführt worden ist. Wurden 1883 auf den deutschen Eisenbahnen 92,3 Mil- lionen Tonnen Güter befördert, so sind jetzt rund 365 Millionen. Es sind jetzt auf den deutschen Bahnen 25 700 Lokomotiven in Gebrauch, 54 000 Gepäckwagen, 523 000 Güterwagen.

Auf der Ausstellung hat Deutschland seinem Eisenbahnwesen eine besondere Halle gewidmet. Und wenn die dort ausgestellten neuen Personenwagen vierter und dritter Klasse bald all- gemein eingeführt werden, wird das Reisen noch angenehmer werden als jetzt, wo so mancher al- tehrwürdige Rumpelkasten, der längst schon seine Invalideuren verdient hat, noch im Dienst ge- halten wird. — In einer zweiten Eisenbahnhalle haben Frankreich, Belgien und England Loko- motiven, Güter- und Personenzüge ausgestellt. Unter den Lokomotiven befinden sich ungeheure Gefellen.

Im ganzen gibt die Ausstellung der Dampf- maschinen, Turbinen, Motoren und Lokomotiven einen Begriff von der gewaltigen Revolution, die die Ruhrbarmachung des Dampfes, neuer- dings der Elektrizität, im Interesse der kapita- listischen Produktion allenthalben erzeugt hat.

weigerte sich, die Arbeit fortzusetzen. Als man die Lohnfrage der Drucker erledigt hatte, erinnerte man sich kurz vor Schluß der Verhandlungen, die zwischen dem Senefelderbund und dem Schutz- verband gepflogen wurden, daß ja die Angelegen- heit des Hilfspersonals auch noch nicht geregelt sei und wollte nun zur nachschlafenden Zeit auch unseren Vertreter herbei holen, der dann unter dem von beiden Seiten ausgeübten Druck die geringen Zugeständnisse — nolens, volens — hätte annehmen sollen, damit der Betrieb wieder ungestört weiter geführt werden könne. Mit der Arbeitsniederlegung unserer Mitglieder erhielten auch die Drucker ihre sofortige Entlassung mit der Begründung, daß dies nur ein Aussehen sei. Das Gewerbegericht wird zu entscheiden haben, ob die Firma mit ihrer Auffassung im Recht ist. Am 8. August fanden Verhandlungen statt, bei denen man drei Arbeiter je 1 Mk., neun Arbeiterinnen je 50 Pf. geben wollte, während sechs Kolleginnen schon am letzten Samstag vor der Arbeitsen- stellung je 50 Pf., eine 25 Pf. und fünf Kollegen vor drei Wochen je 1 Mk. erhielten. Acht Kol- leginnen, die schon anderweitig in Arbeit stehen, wollte man auch aufbessern. Denen hätte man ja auch 1 Mk. geben können — wie beim vorjährigen Streik den „betriebsstreuen Arbeiterinnen“ — weil sie trotzdem nicht mehr zurückkehren. Ein Irrtum hat sich auch eingeschlichen, mit dem jetzt nicht nur die Unternehmer haufieren gehen. Unser Vertrauensmann soll erklärt haben, daß die Leute mit dem bisherigen Lohn zufrieden sind, während es sich in Wirklichkeit um Folgendes handelte: Als bei der Kündigung durch die Drucker der Schleiferkollege gefragt wurde, wie wir uns dazu stellen, erklärte er: daß wir, nach- dem uns die Versicherung, Zulagen zu gewähren, gegeben wurde, wir keine Ursache haben, auch die Kündigung einzureichen, und wir uns mit der bisherigen Form der Lohnerböschung, aber nicht mit dem materiellen Inhalt — weil gänzlich un- zureichend — einverstanden erklärten. Die Ar- beiterinnenlöhne in obiger Firma sind immer noch niedriger wie in anderen Kunstankalten, und daß es möglich ist, größere Zugeständnisse zu machen, ohne seine Konkurrenzfähigkeit zu verlieren, zeigt uns die Firma Schimpf, wo nach Vorstellig- werden der Vertreter beider Organisationen wöchentliche Zulagen in der Höhe von 116.— Mk. freiwillig gemacht wurden. Der Trid ist ja nicht neu; sich selbst will man dadurch, die ungehörte Fortführung des Betriebes sichern, aber andere Firmen dürfen nichts genehmigen und sollen sich alles vom Schutzverband bitteren lassen. Wenn eine Mühle steht, klappert die andere um so besser.

In der Versammlung wandten sich die Streikenden gegen diese völlig ungenügenden Zu- lagen und lehnten in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Auch die Verhandlungen bei Ritter und Köben führten zu keinem nennens- werten Ergebnis und auf die Vertröstung, weitere Zulagen nach Wiederaufnahme der Arbeit zu geben, gingen die Ausständigen nicht ein. Auch hier erklärte man sich einstimmig für Fortführung des Kampfes. Daß auch für den Unternehmer ein Unglück nicht allein kommt, beweist der Umstand, daß auch das Buchbinderepersonal der Kunst- anstalten in einer Tarifbewegung steht und in mehreren Betrieben bereits ausständig ist. Auch hier sind die Wochen- und Allfordlöhne bei den Arbeiterinnen tieftraurige und wir haben ein gemeinsames Interesse daran, daß die weibliche Arbeitskraft im allgemeinen eine höhere Ent- lohnung findet, die es auch der alleinstehenden Arbeiterin ermöglicht, ihre notwendigen Lebens- bedürfnisse zu befriedigen, das heißt, vor allen Dingen sich richtig ernähren zu können.

Korrespondenzen.

Hildesheim. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in unserer am Mittwoch, den 10. August, abgehaltenen Versammlung außer dem Vorstande sage und schreibe vier Mit- glieder antworten waren von siebzehn. Soll das so weitergehen? Hoffentlich nicht! Es ist doch tatsächlich nicht zu viel verlangt, alle 4 bis 5 Wochen eine Versammlung zu besuchen. Man ist doch nicht bezwungen organisiert, um nur seine

Beiträge abzuleisten und läßt im übrigen den lieben Herrgott einen guten Mann sein. Es ist das Recht und vornehmlich die Pflicht eines jeden Mitgliedes, mitzuraten und -taten an allen Fragen, die uns im gewerkschaftlichen Leben betreffen, und derer sind viele. Immer muß man auf dem Posten sein, wenn die Organisation ruft. Wenn nur der gute und feste Wille da ist, geht alles, zum mindesten kann man die Versammlungen besuchen, zumal Zeit, Ort usw. so gelegt werden, daß jeder kommen kann. Dieser Schlenbrian muß also aufhören. Angesichts des schlechten Besuches der Versammlung hatte es selbstverständlich keinen Zweck, in die Tagesordnung einzutreten und wird nunmehr die nächste Versammlung am Mittwoch, den 24. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Goschenstr. 23) stattfinden. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wir richten nochmals an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, vollzählig zu erscheinen.

Karlsruhe. Versammlung am 30. Juli. Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß er mit dem Verwalter des städtischen Arbeitsnachweises, welcher sowohl von den Prinzipalen als auch von unseren Mitgliedern benützt wird, eine Verständigung über das künftige Zusammenwirken beider Nachweise herbeigeführt habe. Nach dem Bericht über die stattgefundene Konferenz beschloß die Versammlung, den Beitrag zur Gaukasse auf 10 Pf. vierteljährlich zu erhöhen und den Mehrbetrag der Ortskasse zu überlassen. Zum Schiedsgerichtszustreiter wurde Kollege Erd gewähl. Der Vorsitzende machte ferner darauf aufmerksam, daß von nun an die Rapportzettel nicht mehr gedruckt, sondern auf andere Weise vervielfältigt werden und vor jeder Versammlung zur Verteilung gelangen. Jedes Mitglied hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Rapportzettel gewissenhaft beachtet werden.

Straßburg i. E. Versammlung am 28. Juli. Der Vorsitzende teilte mit, daß vom Tarif-Schiedsgericht die Druckerei Fischbach einstimmig verurteilt wurde, sämtlichen Kollegen und Kolleginnen den tariflichen Lohn rückwirkend vom 1. Juli 1910 zu bezahlen. Die Klage einer Einzelgängerin wurde an das Gewerbeamt verwiesen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Bericht der letzten Versammlung in der „Solidarität“ nicht aufgenommen wurde, was zu kritischen Bemerkungen Anlaß gab. In der Frage der Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg machte der Beigeordnete Dominicus den Gewerkschaftsvorständen den Vorschlag, die städtische Unterstützung für die lebigen Arbeitslosen von 50 auf 40 Proz. zu kürzen, hingegen aber die für verheiratete je nach Zahl der Kinder von 50 auf 60, 70 bis 80 Proz. zu erhöhen. Das Gewerkschaftsamt hat eine Stellungnahme hierzu den einzelnen Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung auszahlen, überlassen. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Stadtverwaltung wohl in der Lage wäre, eine größere Summe für diesen Zweck in das Budget einzustellen und macht der Versammlung den Vorschlag, die Verschlechterung für die lebigen Arbeitslosen abzulehnen, hingegen aber die Erhöhung für die verheirateten anzustreben. Der Vorstand wurde einstimmig beauftragt, in diesem Sinne zu wirken. Der Vorsitzende berichtete über den Gantag in Karlsruhe und hob die wichtigsten Beschlüsse und Referate hervor. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag in Bremen fiel auf Kollegen Burthardt. In der Diskussion zu den sämtlichen Anträgen zum Verbandstag wurden einige Anträge besonders diskutiert und der Delegierte beauftragt, im Sinne der Versammlung auf dem Verbandstage dafür einzutreten.

Zwidau. Im Jahre 1906 war es, als erstmalig in Zwidau der Organisationsgedanke Platz griff. Das Hilfspersonal der Druckerei F. Ullmann war es, welches sich unserer Organisation angeschlossen und sie tat es alle, niemand fehlte. Leider aber hielt die Begeisterung in diesem Betriebe nicht an. Man kehrte dem Verband den Rücken und gerade zu der Zeit, als die Organisation daran ging, Verbesserungen, die in dieser Hinsicht notwendig waren, herbeizuführen. Unzählige Male haben wir seit den vier Jahren versucht, dort wieder festen Fuß zu fassen. Leider ohne Erfolg. Geradezu demonstrativ blieb das dortige Hilfspersonal unseren Versammlungen fern. Schuld daran trug ja auch der starke Wechsel des Hilfspersonals in diesem Betriebe: Dieser war für das Hilfspersonal ein Laubenschlag im wahren Sinne des Wortes zum Schaden des Geschäftes und des gesamten Personals. Fortwährend kamen Klagen von den gelerntem Arbeitern, daß sie ständig mit neuem Personal arbeiten müßten und nicht allein, daß das Hilfspersonal, welches dort immer kurze Gast-

rollen gab, war ja kein geübtes Personal aus anderen Druckereien, sondern setzte sich aus allen Berufen zusammen. Daß hierdurch ein Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, wenigstens nicht in der Weise, die in einem Großbetriebe erforderlich ist, versteht sich am Rande. Der Geschäftsinhaber fühlte dies wohl selbst, aber er schob alle Schuld auf den „bösen“ Hilfsarbeiterverband. „Was mir diese Leute schon für Schäden machten, das glaubt niemand“, das waren oft seine Worte. Bedauerlich ist, daß er nicht einsehen konnte, daß es die überaus niedrigen Löhne waren, ferner, daß er nicht erkennen wollte, daß das Hilfspersonal ein gleichberechtigter Faktor ist, der die Achtung seinerzeit genau so in Anspruch nehmen kann, wie ein gelernter Arbeiter; dieses alles führte den starken Wechsel in seinem Betriebe herbei. Wir aber müssen uns auf das Entscheidende dagegen verwehren, wenn uns Lasten unterhoben werden, wofür man zu jeder Zeit den Beweis schuldig bleiben würde. Im Gegenteil, uns wäre es lieber gewesen, Herr Ullmann hätte einen festen Stamm von Hilfspersonal, die Agitation wäre uns in seinem Betriebe dadurch erleichtert. Eines aber muß er sich von uns lassen: So lange die Zustände, die jetzt dort vorherrschen, noch andauern, wird keinesfalls in seinem Betriebe, so sehr wir das selbst bedauern, eine Verringerung eintreten. Sind doch noch Angelerntinnen mit 7 Mk. in Worten sieben Mark, bei ihm beschäftigt. Der frühere Prinzipalvorsitzende Herr Gustav Förster prägte einmal das Wort: „Eine Arbeiterin muß in Zwickau zehn Mark pro Woche verdienen.“ Das war im Jahre 1907. Seit dieser Zeit sind die Lebensmittel, Mieten usw. eminent gestiegen, dieser Tatsache kann und darf sich kein Druckereiprincipal in Zwidau verschließen. Geht dem Hilfspersonal solche Löhne, mit denen es als Menschen leben kann, dann werden auch die Klagen gegen das Hilfspersonal aufhören. Aber das sei schon heute gesagt: Wir werden alles daran setzen, unserer Kollegenschaft ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. — Ein Teil des weiblichen Hilfspersonals der Offizin F. Ullmann ist nun auch zur Erkenntnis gekommen und hat sich der Organisation angeschlossen. Die männlichen Hilfsarbeiter blieben der letzten abgehaltenen Druckereiversammlung fern. Dies aber soll unsere neugewonnenen Kolleginnen nicht abschrecken. Sie haben in uns und in einem Teil des gelerntem Personals eine treue Stütze. Auf einem Hieb fällt kein Baum. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, daß auch die übrigen sich in unseren Reihen befinden, zum Wohle ihrer selbst. Wir machen das Hilfspersonal darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, den 27. August, im „Belvedere“ direkt von der Arbeit weg, wiederum eine Druckereibesprechung stattfindet. Wir wünschen und hoffen, daß dann das gesamte Hilfspersonal erscheint.

Rundschau.

Kriegsrüstungen. Der „Deutsche Buchdruckerverein“ ist am 30. Juli unter Vorsitz des Beschlusses der Stuttgarter Hauptversammlung dem Bunde der Industriellen beigetreten. Herr Dr. Petersmann, der Vorsitzende, in Leipzig teilt soeben in einem Zirkular mit, daß den Mitgliedern des Buchdruckervereins die Beteiligung an der Streikversicherung offen steht; sie dürfen sich nur in Dresden anmelden bei der „Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeits einstellen.“ Die Gemeinamkeit der Tendenzen des Bundes werden, so sagt der Vorsitzende Dr. Petersmann, den Bestrebungen der Buchdrucker größeren Nachdruck verschaffen; in der Gemeinschaft dieses einflussreichen Industriellenverbandes fühle sich der Buchdruckerverein wohlher gegenüber „verschiedenen Anfeindungen“ aus Arbeitgeberkreisen.

Uns den Bedingungen der die Streikentschädigung haben wir hervor: Eintrittsgeld 50 Pf. und Mitgliedsbeitrag 1 Mk. pro 1000 Mt. Jahreslohnsumme. Entschädigung bei Streik per streikenden Arbeiter 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesdienstes. Entschädigung bei Aussperrungen: 25 Proz. wie vorstehend, wenn die Zahl der bei einer Firma ausgesperrten Arbeiter 500 nicht übersteigt; sonst kann noch gewährt werden für 501—1000 Aussperrte 12½ Proz., für 1001—2000 Aussperrte 7½ Proz., für 2001 bis 4000 Aussperrte 5 Proz., über 4000 Aussperrte 2½ Proz. Es müssen die Buchdruckerbetriebe sich auf eine fünfjährige Mitgliedschaft verpflichten. Die Auszahlung der Entschädigungen erfolgt nach der Zusammenstellung am Jahreschlusse innerhalb 3 Monaten; Vorschuß wird in dringenden Fällen gewährt.

Die gewerkschaftliche Bildungs- und Erziehungsarbeit wird nach der „Sozialen Praxis“ von der „Kölnischen Zeitung“ wie folgt beurteilt:

Das Verhalten der Arbeiter bei großen Ausständen und Aussperrungen war immer ein Gradmesser nicht nur für das Bildungsniveau der Arbeiterklasse an sich, sondern für unsere fortschreitende Kultur überhaupt: Noch vor 15 bis 20 Jahren überhaupt war es Regel bei größeren Ausständen und Arbeiterbewegungen, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit für die nicht unmittelbar beteiligten Staatsbürger sehr gefährdet war. Zusammenrottungen, Ueberfälle usw. waren an der Tagesordnung, die Schnapsflasche kreiste in den Gruppen der Ausständigen, Militär wurde ausgedient, noch im Jahre 1889 bei dem damaligen großen Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier wurde in Straßen Wuchms vom Militär scharf geschlossen. Einen großen Ausstand ohne Unruhen und Blutvergießen konnte man sich fast gar nicht denken. In kurzer Zeit hat sich auf diesem Gebiete unmerklich öffentliche Lebens ein ungeheurer Umsturz vollzogen. Schon der Bergarbeiterausstand im Januar und Februar 1905, wo viele Wochen lang an 200 000 Bergarbeiter ausständig waren, verlief ohne nennenswerte Ausschreitungen. Militär war im Ausstandsgebiete gar nicht nötig, die von außen herangebrachten Polizeiaufgebote hatten im wesentlichen die Arbeitswilligen von und zu den Zechen zu begleiten, der Parole der Arbeiterführer: „Die Schnapsflasche aus den Taschen“ wurde überall Folge geleistet. Auch bei der jüngsten Massenaussperrung im Baugewerbe war die Haltung der vielen Tausende ausgesperrter Arbeiter im großen und ganzen einwandfrei. Einzelne Ausschreitungen bei so großen Massen war auch in den letzten Wochen in den Kreisen Sagen und Schwelme zu beobachten. Als die Aussperrung der Gesamtbelegschaft am 1. Juni vorgenommen worden war, kam es in kleineren Orten der dortigen Metallindustrie zu geringen Reibereien und Unsaftigkeiten gegen polizeiliche Anordnungen, aber im allgemeinen verhielten sich die Massen der Aussperrten sehr ruhig. Als die Einigungsverhandlungen im Sagenen Rathaus im Gange waren, warteten abends Tausende Arbeiter auf dem Rathausplatz und den umliegenden Straßen auf den Ausgang, alle in ruhiger Haltung, jede Behinderung des Verkehrs vermeidend. Als nach 10 Uhr der Leiter der Verhandlungen, Regierungspräsident v. Vate, das Rathaus verließ, machten die Arbeiter vor selbst eine bequeme Gasse, ebenso den Vertretern der Arbeitgeber: kein Wort, keine Miene verriet die Erregung der Massen. Ebenso war es in Entscheidungssitzungen, wo in gehobener Abstimmung die unorganisierten Arbeitnehmer ihr Wort abgaben. Hier nahmen unbehelligt Vertreter der Arbeitgeber an den Versammlungen teil, und als ihre Abwesenheit bei der Aussprache der Arbeitnehmer erwünscht war und ihnen dies mitgeteilt wurde, konnten sie ohne die geringste Belästigung durch die dichtgedrängten Arbeiterscharen sich ruhig entfernen. Erwähnt muß allerdings werden, daß Polizei weit und breit nicht zu sehen war. Auf den, der die früheren Zeiten mit ihren gefährlichen öffentlichen Ausritten miterlebt hat und jetzt die Ruhe der einen ersten wirtschaftlichen Kampf durchschreitenden Arbeitermassen beobachten kann, macht dieser gewaltige Umsturz einen tiefen Eindruck. Dieser Umsturz ist einerseits erfreulich und andererseits zeigt er aber auch, daß die moderne Arbeiterbewegung an Tiefe gewonnen hat, und der Ernst und die Reife der Arbeiter lassen den Ernst und die Bedeutung solcher wirtschaftlichen Kämpfe nur noch schärfer hervortreten.

Dieses objektive und einwandfreie Zeugnis, das der Kulturarbeit unserer Gewerkschaften von einem Kapitalistenblatt ausgestellt wird, dürfte den Scharfsinnern sehr im Magen liegen, die es viel lieber hätten, wenn ausständig Arbeiter sich niederfäßen und niedersehen ließen, damit aus dem vergossenen Arbeiterblut neuer unermeßlicher Goldregen für den Kapitalismus erspräche.

Versammlungskalender.

Erfurt. Mitglieder-Versammlung am 22. August 1910, 8½ Uhr abends, im Lokale Livoli. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Abrechnungen.

Das zweite Quartal hat in dieser Woche abgerechnet: Straßburg i. E. 444.— Mt.

S. Sodahl.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 34.

Berlin, den 20. August 1910.

16. Jahrgang.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909.

Fünfzehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen für das Jahr 1909 in die Öffentlichkeit geht.

Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 derartige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn mühelos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht gewesen. Schon im Jahre 1891 beschäftigte der Plan die Nürnberger Arbeiter, um endlich 1894 zur Verwirklichung zu gelangen. 1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestanden seit 1898.

Das darauf folgende Jahr 1899 brachte ein Ereignis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschaftskongress und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der daselbst angenommene Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundzüge auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollen und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den 10 Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage dem Kongress berichtete, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftsstellen bestanden. Heute sind mehr als 100 Sekretariate und fast einunddreihundert Auskunftsstellen vorhanden. Nach der vorliegenden Statistik berichten 112 Sekretariate und 172 Auskunftsstellen zusammen über 609 472 erteilte Auskünfte im Jahre 1909. Was in den 15 Jahren seit dem Bestehen des ersten Sekretariats von allen zusammen geleistet worden ist, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken, da statistische Aufzeichnungen für die Sekretariate erst seit 1901, für die Auskunftsstellen erst seit 1905 vorgenommen werden. Für diese Zeit berichtet die Statistik über 3 161 909 erteilte Auskünfte. Von den Sekretariaten — die Auskunftsstellen berichten hierüber nicht — wurden in dieser Zeit 747 614 Schriftsätze angefertigt.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vorgängern an. Es wurden im Berichtsjahr neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Burg, Dresden-Döhlen, Freiburg i. Schl., Lüdenscheid, M.-Glabbach, Neuf, Plettenberg, Rudolstadt und Solingen.

Von den 112 berichtenden Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Lätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsuchenden erteilt, gleichviel ob sie organisiert oder nichtorganisiert sind und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nichtorganisationsfähige Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Vertretungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten

berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht. In Lübeck z. B. werden Referendare als Vertreter einer gegnerischen Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen; während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht, vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war.

Die Beschwerdewertermittlung übernahmen von allen Sekretariaten 104. 73 Sekretariate betreiben Statistik. Die Agitation für die Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate.

Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate, läßt ebenso wie andere Erscheinungen, die sich immer fester gestaltende Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Orte, an welchen für das Sekretariat von den Mitgliedern am Ort besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1909 bei vorhandenen 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatsbeitrag nicht alle Organisationen am Ort, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationsklassen oder die Kartellklassen zu den Kosten bei.

Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartellklasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 66 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichtenden Sekretariaten unterhielt der Bergarbeiterverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern am Ort noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu 2 Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1909 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteiorganisationen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Koburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten. Das Sekretariat Bant erhält einen Zuschuß aus Gemeindegeldern. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Gotha bis zum 31. Dezember 1909. Das Sekretariat wurde am 1. Januar 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Ländchen die Scharfmacherei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hintenherum den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe von 2000 Mk. entzogen und die acht Jahre unentgeltlich innegehabten Räume aufgekündigt. Die Gothaer Arbeiter werden den dortigen Scharfmachern zeigen, daß es auch ohne Staatszuschuß vorwärts geht.

(Schluß folgt.)

Aus Würzburg.

In Würzburg haben am Samstag, den 6. August, die dort beschäftigten Steinbrücker infolge unwürdiger Behandlung seitens der Beauftragten der Firma „Königl. Universitätsdruckeri S. Stürk u. Co.“ die Kündigung zum 20. August eingereicht.

Bei dieser Musterfirma sind auch eine ziemliche Anzahl Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiterinnen beschäftigt, deren Löhne, nach Würzburger Verhältnissen gemessen, ohne weiteres als Hungerlöhne bezeichnet werden müssen.

Als Eintrittslohn bezahlt die Firma ihren weiblichen Arbeitern wöchentlich 5,— Mk., nach einem halben Jahre 6,— Mk. und so langsam

weiter, bis nach 7—8 Jahren der horrenden Lohn von 8—10,— Mk. erreicht ist.

Mit der Zeit ist die betr. Firma aber auch zum reinen Taubenschlag geworden. Ueber eine bestimmte Anzahl ständiger Arbeiterinnen verfügt sie überhaupt nicht mehr.

Das dürfte wohl der Anlaß dazu gewesen sein, daß die Leitung sich zu einer ganz respektablen Leistung aufraffte.

Aber man vermute ja nicht, daß etwa die Löhne erhöht würden. Nein. Einen Mas gab die Kgl. Universitätsdruckeri heraus, der wahrlich verdient, der übrigen Kollegenschaft nicht vorenthalten zu werden.

Am 11. August erhielt jede einzelne Arbeiterin folgenden Zettel zugestellt:

Den in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen gewähren wir rückwirkend vom 1. Januar 1910 an für jede voll gearbeitete Woche (Schulpflichtigen wird der Besuch der Schule nicht in Anrechnung gebracht) einen Geldbetrag, welcher nach jeweils 52 im ununterbrochenen Dienstverhältnis voll gearbeiteten Wochen zur Auszahlung gelangt:

bei Beschäftigung im 1. Jahre . . .	13,— Mk.
„ „ „ 2. „ . . .	15,60 „
„ „ „ 3. „ . . .	18,20 „
„ „ „ 4. „ und später	20,80 „

Tritt eine Arbeiterin aus dem Geschäft, ohne 52 volle Wochen gearbeitet zu haben, so kann sie keinen Anspruch auf den oben angeführten Betrag erheben.

Königl. Universitätsdruckeri S. Stürk u. Co.,
Würzburg.

Bei jedem Einsichtigen ist nun ohne weiteres klar, daß die Wenigsten in den Genuss dieser fürstlichen Gratifikation kommen, da bei dem dort herrschenden Uebersundensystem fast keine Arbeiterin imstande ist, allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. In Wirklichkeit wird also dieses vermeintliche Zuckerbrot für die dort beschäftigten Arbeiterinnen das bleiben, was es ist, ein frommes Versprechen auf dem Papier.

Hier kann nur eins nützen und das ist, daß sich alle bei der Firma Beschäftigten samt und sonders dem Verbanne der Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anschließen, erst dann wird für sie die Sache besser werden.

Die Verwaltung der Filiale Würzburg.
G. Rupprecht.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Eine große Kampagne hat wieder einmal zur Rettung des bedrohten Mittelstandes und zur Enttrockelung der bösen Konsumvereine stattgefunden. Nur ist sie zum Leidwesen der Führer in diesem „Kampf wider die Kultur“ ganz anders ausgefallen, als diese erwartet hatten. Unter Leitung des bewährten Konsumvereinstörsers, des Professors Suchsland, hat die Kölner Mittelstandsvereinigung und der Rabattparverein Mülheim a. Rh. nämlich der Amtsanwaltschaft eine ellenlange Anklageschrift zugehen lassen, nach welcher die Konsumvereine durch ihr Lieferantengeschäft gegen das Genossenschaftsgesetz verstoßen und demzufolge die Vorstände zu bestrafen seien. Die Amtsanwaltschaft machte sich denn auch mit Eifer an die Untersuchung der fraglichen Angelegenheit und erbat sich Sachverständigen von solchen Leuten, die als notorische Feinde alles Konsumgenossenschaftswesens bekannt sind. Diese Gutachten fielen denn auch so aus, daß die Vorstände der Konsumvereine „Hoffnung“ und „Eintracht“ auf die Anklagebank mußten. Beide Vorstände beklundeten übereinstimmend, daß der mit ihren Lieferanten vereinbarte Rabatt zu fünf

Sechsten den Mitgliedern zugute komme, die Differenz fast ganz für die Unkosten, die aus der Rabattvermittlung entstehen, aufgebracht würden, und nur etwa ein Zehntel Prozent für die Genossenschaft verbleibe. So steht es also mit dem „riesigen Gewinn“, der als „gute Ausbeute“ von vornherein den Genossenschaften zufließt — nach der Begründung des Rabattparvereins. Die Beweisaufnahme brachte den Konsumvereine eine glänzende Genugtuung, denn sämtliche Zeugen erklärten, daß ihnen das Lieferantenrabattgeschäft nur Vorteile gebracht habe. Das Urteil lautete auf Freisprechung der angeklagten Vorstände und Anferlegung der Kosten auf die Staatskasse. —

Das Lieferantengeschäft der Konsumvereine besteht in Verträgen mit Geschäften, die gegen Zahlung der vereinbarten Prozente Rabatt- oder sogenannte Lieferantenmarken vom Konsumverein beziehen und diese Marken dann an die Mitglieder des Konsumvereins bei Einkäufen in dem betreffenden Geschäft abgeben. — An und für sich ist ja diese Rabattvermittlung eigentlich eine Sache, die gegen das genossenschaftliche Prinzip verstößt, aber bei dem heutigen Stand der Konsumgenossenschaften doch dazu angetan ist, das Interesse für die Käuferorganisation zu stärken. Denn der Mensch braucht mehr als bloß Material- und Kolonialwaren. Nach der in Preußen und einigen anderen Staaten üblichen Warenhaussteuer können aber Konsumvereine die Waren mehrerer Warengruppen nicht führen, wenn sie nicht durch eine hohe Steuer ihre Existenz gefährden wollen und so hat sich denn allgemein das System herausgebildet, guten Geschäften solcher Branchen, deren Waren der Konsumverein nicht führt, gegen Zahlung einer bestimmten Prozentsumme die Vermittlung an Konsumvereinsmitglieder zu übergeben. Die betreffenden Geschäftsleute hoffen dadurch auf Umsatzsteigerung und die Mitglieder haben durch die Marken einen weiteren Vorteil von ihrer Genossenschaft.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist wie bei den einzelnen Mitgliedern der Genossenschaft, so auch bei den Genossenschaften untereinander ausgeprägt, das bewies die Hilfsaktion, die der Zentralverband Deutscher Konsumvereine für den durch Hochwasser stark geschädigten Konsumverein Landsberg am Lech eingeleitet hatte. Die Sammlung ergab eine Summe von über 2000 Mk., mit welcher der noch junge Verein seinen Schaden decken konnte und nun in seiner Entwicklung nicht durch die Hochwasserkatastrophe gehindert ist.

Der Haushaltverein Linden bei Hannover hat jetzt das 25. Jahr seines Bestehens hinter sich. Er zählt 6660 Mitglieder und hatte 1909/10 einen Umsatz von 2.109.819 Mk., wovon 154.680 Mark erübrigt werden konnten.

Die General-Versammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine beschäftigte sich mit nur rein geschäftlichen Angelegenheiten. Der Abschluß der Gesellschaft ist günstig und so wurde Vorstand und Aufsichtsrat ohne große Debatte entlastet. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde erhöht und es wurde beschlossen, in Nürnberg ein neues Lager zu errichten. Die nächstjährige Generalversammlung findet in Leipzig statt. Anlässlich der Eröffnung ihrer Seifenfabrik hat die Groß-Einkaufs-Gesellschaft ein Buch herausgegeben, eine „Darstellung ihres Werbens und ihrer genossenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“. Bei der Durchsicht des Buches kommt man unbedingt zu der Einsicht, daß unser „liebes deutsches Vaterland“ es betreffs Zopfigkeit dreist mit dem „himmlischen Reich“ China aufnehmen kann; dafür, daß unsere Bureaokraten den Zopf nicht mehr sichtbar tragen, ist er um so dicker. Aber auch ein lehrreiches Kapitel „Konsumvereinsbekämpfung“ birgt dieses „Werben der Seifenfabrik“. Fabrikanten und Händler, Bürger und Bauern, Magistrat mehrerer Städte und Schultheißen verschiedener Dörfer haben getan, was sie konnten, um der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Steine in den Weg zu legen — die Luft würde verpestet, das Wasser ungenießbar gemacht, die Steuern erhöht und die Armenlasten vermehrt, der Rauch würde die Parks besüßigen und den Anpflanzungen tödlichen Schaden zufügen —

und was noch alles für Gründe herhalten mußten, um die Behörden davon zu überzeugen, daß die Seifenfabrik nie und nimmer gebaut werden dürfe. Aber hat es auch Jahre gewährt, die Groß-Einkaufs-Gesellschaft hat doch endlich alle Schwierigkeiten überwunden und der stattdessen Bau steht nun da als ein Zeichen des gesunden Fortschritts der Genossenschaftsbewegung. Aber eine Frage drängt sich unwillkürlich auf: Wenn jeder Privat- oder auf Aktien zu gründenden Fabrik solche Schwierigkeiten und soviel Vorschriften gemacht werden würden, wie der Genossenschaftsfabrik, um wieviel Tausende von Personen mühte dann das Beamtenpersonal unserer Behörden vermehrt werden?

Uebrigens braucht man nicht zu glauben, daß unsere Fabrik, nun sie doch einmal fix und fertig da steht und an ihrer Existenz auch der größte Born ihrer Feinde nichts mehr ändern kann, unbehelligt bleiben wird, hat doch die bürgerliche Presse ihren Lesern die Schreden Kunde gebracht, daß nun alles Streiten nichts mehr nütze, die Konsumvereine seien sozialdemokratisch, denn auf ihrer Seifenfabrik weht eine mächtige rote Flagge. Zwar hat es sich nach dem ersten Schreden herausgestellt, daß die „rote Flagge“ das Hamburger Stadtwappen trägt, aber die Volkskraft hat doch gewirkt. Gröbner-Nieser wird wahrscheinlich bald eine sozialdemokratische Republik werden und allen Einwohnern unter „Rot“ eingepfist, damit sie als würdige Untertanen der Groß-Einkaufs-Gesellschaft den „neuen Staat“ bevölkern. Gert.

Rundschau.

Anlegerinnenmangel. Die letzte Nummer der „Zeitschrift“ veröffentlicht folgendes Klage- lied aus Eisen a. R.:

Sehr viele Buchdruckermeister hört man hier fortgesetzt über die Einlegerinnen klagen. Es besteht in hiesiger Gegend unzweifelhaft ein Mangel an ordentlichen, wirklich fähigen Mädchen, während solche, die schon vorher alles andere gewesen, nirgend Ausdauer zeigten und zum Schluß auf den Gedanken kamen, Einlegerinnen zu werden, in großer Menge vorhanden sind. Dieser Umstand bringt natürlich einen häufigen Wechsel in den Druckerreihen hervor. Daß hierbei der Buchdruckermeister, und namentlich der kleinere — nebenbei bemerkt, sind fast alle Einlegerinnen auch bestrebt in Großbetriebe zu gelangen — der am meisten leidende Teil ist, bedarf keiner Frage. Wie kann aber dem Uebel gefeuert werden? Eine regelrechte und mindestens 1—1½ jährige Lehrzeit und eine Einigung der beteiligten Prinzipale dahin, nur solche Mädchen zu engagieren, die diese Lehrzeit in einer Druckerlei bestanden, dürfte das Uebel etwas mindern. Unmöglich können aber unter den jetzigen Umständen die Löhne von 10 bis 16 Mk. pro Woche von dem Arbeitgeber nutzbringend herausgibt werden, weil sie in den meisten Fällen an untaugliche und nicht an eingearbeitete Kräfte gezahlt werden müssen.

Das hier vorgeschlagene Mittel zur Hebung der Not an tüchtigen Anlegerinnen wird ganz bestimmt versagen müssen, wenn nicht die Essener Prinzipale gleichzeitig auch daran gehen, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben einzuführen. Wie an so vielen anderen Orten kann es auch in Eisen nur mit Hilfe unserer Organisation gelingen, einen festen Stamm von tüchtigen Hilfspersonal an das Gewerbe zu fesseln. Man regle die Arbeitsverhältnisse auf Grund der „Allgemeinen Bestimmungen“, schließe mit unserer Organisation einen vorklären Lohnvertrag ab, der es den kleinen und kleinsten Druckerbetreibern unmöglich macht, durch Hungerlöhne die Hilfsarbeiterinnen in andere besser bezahlte Berufe zu vertreiben, dann wird in kürzester Zeit Ordnung geschaffen sein. Oder will der Einsender mit seinem Vorschlag die schon geringen Löhne noch weiter herabdrücken, indem er 1—1½ Jahre hindurch junge Arbeiterinnen als „Lehrlinge“ mit einem Trinkgeld abspesen will. Auf diesem Wege dürfte er sein Ziel nicht erreichen.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 8. August in der Buchdruckerlei Deder u. Hardt in Stuttgart. Eine Kollegin geriet beim Anlegen an einer großen Zweifourneinmaschine mit dem Arm in das Getriebe. Die Bedauernswerte erlitt schwere Verletzungen am Unterarm, so daß sie sofort dem Krankenhaus zugeführt werden

mußte. Der Geistesgegenwart der auf der andern Seite der Maschine arbeitenden Kollegin ist es zu danken, daß das Unglück nicht noch größere Folgen hatte.

Streik und Aussperrung der Werftarbeiter. Am 4. August sind sämtliche auf den Hamburger Schiffswerften beschäftigten Arbeiter in den Streik getreten, nachdem von den Werftbestyrern die gestellten Forderungen rückfichtslos abgelehnt wurden. Damit ist ein Kampf entbrannt, der nicht nur auf die Hamburger Werften beschränkt blieb, sondern bereits einen größeren Umfang angenommen hat.

Eine Lohnbewegung auf den Schiffswerften Deutschlands ist, wie wir dem „Zimmerer“ entnehmen, schon seit einigen Wochen in Vorbereitung. Die Werftarbeiter gehören zu derjenigen Kategorie von Proletariern, deren Arbeitszeit eine völlig regellose, nahezu unbegrenzte ist und deren Löhne auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau stehen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll nach den 1907 getroffenen Abmachungen 57 bzw. 56 Stunden betragen, aber wo wäre wohl eine Werft oder auch nur ein Werftarbeiter, die wöchentlich nicht länger hätte arbeiten lassen oder arbeiten müssen, als in den Abmachungen vorgesehen. Wohl in keiner Branche ist das Ueberstundenwesen und die Nachtarbeit so verbreitet, wie gerade auf den Werften. Mag auch zugegeben werden, daß in vielen Fällen eine Notwendigkeit dazu vorliegt, so ist aber doch auch festgestellt, daß in den überaus meisten Fällen Ueberstunden und Nachtarbeit die Regel bilden, ohne unbedingt notwendig zu sein. Ist so die Arbeitszeit eine unumsehlich lange, so sind die Löhne, wie bereits erwähnt, nur sehr minimale, bis zu 50 Pf. pro Stunde für gelehrte und herab bis zu 30 Pf. für ungelernete Arbeiter. Aber auch sonst lassen die Arbeitsverhältnisse an sich nahezu alles zu wünschen übrig, so daß sich mit der Zeit völlig unhaltbare Zustände herausgebildet hatten, denen die beteiligten Organisationen gezwungenermaßen entgegenzutreten mußten.

Eine vor zwei Jahren eingesetzte Zentralwerftkommission, in der alle in Betracht kommenden Verbände vertreten waren, arbeitete eine „Vorlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Schiffswerften beschäftigten Arbeiter“ aus. Die darin gemachten Vorschläge wurden, wie erwähnt, von den Unternehmern glatt abgelehnt, wodurch die Hamburger Werftarbeiter zu einem Vorstoß gezwungen wurden. Die Werftbestyrer antworteten mit Aussperrungsregeln, wodurch die Bewegung auch auf andere Orte übergriff. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, folgende genauere Angaben über die Zahl der am Streik und an der Aussperrung beteiligten Werftarbeiter zu veröffentlichen:

In Flensburg sperrte man 60 Proz. der Werftarbeiter aus, die übrigen schlossen sich ihren Kollegen an. Insgesamt kommen 1350 Arbeiter in Betracht.

Von Kiel wird gemeldet, daß auf der Germaniawerft, bei Howaldt und bei Stöck u. Kolbe 3400 Arbeiter ausgesperrt wurden. 600 Mann schlossen sich ihnen an. Gesamtumfang der Bewegung 4000 Arbeiter.

Lübeck meldet außer 1200 Aussperrten 500 Streikende, insgesamt 1700 Werftarbeiter.

In Rostock wurde die Aussperrung in gleicher Weise beantwortet. 820 Arbeiter meldeten sich zur Kontrolle. Darin einbezogen sind auch zirka 70 unorganisierte Arbeiter, die auf die Provokation der Unternehmer die gleiche Antwort gaben, wie ihre organisierten Kollegen.

In Stettin sind in drei Werftbetrieben 3680 Arbeiter ausgesperrt. 559 Arbeiter versetzen darauf die Arbeitsstätte, so daß insgesamt 4239 Arbeiter die Arbeit ruhen lassen.

In Bremen sind im ganzen 2400 Arbeiter an der Bewegung beteiligt.

In Bremerhaven beträgt die Gesamtzahl aller Aussperrten und Streikenden, zusammen mit zirka 400 Unorganisierten, 2100.

Für Vegesack können rund 1000 Werftarbeiter als ausgesperrt oder als streikend gemeldet werden.

Zusammen kämen in den oben aufgeführten Werftorten 17.609 Arbeiter in Frage. Zu dieser Zahl ist aber noch zu bemerken, daß eine große Anzahl Aussperrter bei der Zählung nicht erfasst werden kann, weil sie sich gar nicht zur Kontrolle melden, da sie sofort abreisen oder anderweit Beschäftigung finden.

Sterzu kommen zirka 9500 Streikende in Hamburg, deren Zahl sich ebenfalls durch die gleichen Ursachen fortgesetzt vermindert. Die Arbeiter richten sich auf eine lange Dauer des Kampfes ein. Er herrscht überall die beste Kampfesstimmung.